

Prof. Susan Rose-Ackerman

Umweltrecht und -politik in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
I. Demokratische Regierungsform und Politikvollzug	19
A. Die Bundesrepublik Deutschland	20
1. Die politische Kontrolle der Exekutive	20
2. Der Vollzug von Politikprogrammen	23
3. Die Kontrolle durch die Gerichte	29
B. Die Vereinigten Staaten	31
1. Gewaltenteilung und die Kontrolle der Exekutive	32
2. Die Kontrolle durch die Gerichte	35
C. Die Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen auf die Exekutive in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten	39
II. "Public Policy"-Analyse und Pathologien der Politik	41
A. Externe Effekte: Luft- und Wasserverschmutzung	42
B. Die Schwierigkeiten der Ergebnisvergleichung	45
C. Das Versagen einzelner Politikprogramme	54
1. Uniformität	54
2. Variabilität	61
D. Die Gestaltung umweltrelevanter Politikprogramme aus der Perspektive der Politik	65
1. Umweltpolitik in den Vereinigten Staaten während der 80er Jahre	65
2. Umweltpolitik in der Bundesrepublik während der 80er Jahre	68
E. Schlußfolgerungen	71
III. Umweltverschmutzung und Föderalismus	74
A. Globale und regionale Umweltprobleme	74
B. Lokale Umweltprobleme	77
C. Mischfälle	83
D. Der verfassungsrechtliche Rahmen	85
1. Die Verfassung der Vereinigten Staaten	85
2. Das Grundgesetz	90
E. Örtliche Regelungsbefugnisse bei regionalen Regelungsproblemen	93
F. Sondermüll und Wiederverwertung (<i>Recycling</i>)	97
G. Die Bekämpfung globaler Umweltprobleme	104
H. Schlußfolgerungen	108

IV.	Umweltpolitische Gestaltungsprozesse in der Bundesrepublik	110
A.	Der verfassungsrechtliche Rahmen	110
1.	"Inhalt, Zweck und Ausmaß" der Verordnungsermächtigung	111
2.	Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Bundestages und des Bundesrates	112
B.	Der administrative Prozeß	114
C.	Die Programmierung der Umweltpolitik - umweltpolitisches "policy-making" in der Bundesrepublik	118
1.	Die Beratung durch öffentliche Einrichtungen	119
a)	Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen	119
b)	Das Umweltbundesamt	120
2.	Die Beratung durch private Gruppen und Institutionen	121
a)	Private Normungsinstitute	121
b)	Beratende Ausschüsse	127
3.	Bund-Länder Arbeitsgruppen und ministerielle Anhörungen	129
4.	Informelle Absprachen	132
D.	Schlußfolgerungen	134
V.	Die gerichtliche Kontrolle der Verwaltung in der Bundesrepublik	139
A.	Verfahrensrechte und die Bewältigung von Risiken	141
B.	Materielle Rechtsgrundsätze	146
1.	Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	146
2.	Verhältnismäßigkeit und Kosten-Nutzen Abwägung	147
3.	Vorsorge und Verhältnismäßigkeitsprinzip	149
4.	Volle gerichtliche Nachprüfung und Begrenzung der gerichtlichen Kontrolle	151
C.	Die gerichtliche Nachprüfung von Verwaltungsvorschriften	152
D.	Zurückhaltung der Gerichte und Kontrolle durch die Gerichte	157
VI.	Planungs- und Genehmigungsverfahren: Administrative Verantwortlichkeit und gerichtliche Kontrolle	159
A.	Planfeststellungsverfahren und Genehmigungen	162
B.	Masseneinwendungen und organisierte Gruppen	167

C.	Die Kontrolle durch die Gerichte	171
1.	Hindernisse auf dem Weg zu einer wirksamen gerichtlichen Kontrolle	172
2.	Die Art der Kontrolle	179
D.	Schlußfolgerungen	182
VII.	Reformbestrebungen in der Bundesrepublik	185
A.	Das Umweltgesetzbuch	185
B.	Die deliktsrechtliche Haftung für Umweltschäden	188
C.	Verhandlungslösungen (<i>Regulatory Negotiation</i>)	195
1.	Verhandlungslösungen im Umweltbereich	196
2.	Experimente mit Verhandlungslösungen in der Bundesrepublik	199
3.	Verhandlungslösungen und die politisch-programmatische Gestaltung	203
D.	Schlußfolgerungen	205
VIII.	Externe Kontrollinstanz: Die Rolle der Europäischen Union	206
A.	Die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft	207
1.	Entscheidungsverfahren	208
2.	Der Vollzug des EG-Rechts	210
B.	Konstruktive europarechtliche Politikprogramme	216
1.	Umweltverträglichkeitsprüfung	217
2.	Der freie Zugang zu Informationen über die Umwelt	221
3.	Auswirkungen auf den Föderalismus	224
C.	Die förmliche Umsetzung von Richtlinien	227
D.	Schlußfolgerungen	232
IX.	Umweltrecht und Administrativer Prozeß: Die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten im Vergleich	234
A.	Demokratische Legitimität und Sachkompetenz der Verwaltung	235
1.	Die Zuordnung von Regelungsgegenstand und Verfahren	235
2.	Falsche Dichotomien	240
B.	Die Kontrolle der Exekutive in der Bundesrepublik	242

Inhaltsverzeichnis

C.	Amerikanische Modelle	244
1.	Informelle Verordnungsgebung und gerichtliche Kontrolle	244
2.	Die Übertragung amerikanischer Modelle auf deutsche Verhältnisse	246
3.	Die Kontrolle durch die Gerichte: Zeitpunkt, Klagebefugnis und Verhältnis zur Politik	248
4.	Die Gerichtskosten	250
5.	Über den "APA" hinaus	251
D.	Die Reform des materiellen Rechts: Die Bundesrepublik und die Europäische Union	253
E.	Lehren für die Vereinigten Staaten	257
1.	Konsensuale Verfahren	257
2.	Die Kontrolle durch die Gerichte	258
3.	Aspekte einer Reform in den Vereinigten Staaten: Verhältnismäßigkeitsprinzip, abstrakte Normenkontrolle und selbständige Verwaltungsgewichtsbarkeit	265
F.	Schlußfolgerungen	267

Literaturverzeichnis	269
----------------------	-----

Anhang	291
--------	-----

Abkürzungsverzeichnis	293
-----------------------	-----

Register	295
----------	-----

Zur Autorin	300
-------------	-----